



Sophie-Scholl-Schulen gGmbH · Grüninger Weg 29 · 35415 Pohlheim

Herrn
Ministerpräsident Volker Bouffier

Unsere Zeichen: GF/PM

Bereich: Geschäftsführung

Telefon: 0641 / 4801077-401

Telefax: 0641 / 4801077-104

E-Mail: p.maehling@sophie-scholl-
schulen.de

www.sophie-scholl-schulen.de

Datum: 17.03.2021

Offener Brief zur Regierungserklärung vom 16.03.2021

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

als Schulträger einer privaten, gemeinnützigen Schulgesellschaft mit zwei Grund- und einer Sekundarschule in Gießen und Bad Nauheim habe ich Ihre Regierungserklärung aufmerksam zur Kenntnis genommen.

Die Lehrenden an unseren Schulen zeigen seit Beginn der Pandemie sehr großes Engagement und leisten unter sich ständig und äußerst kurzfristig ändernden politischen Vorgaben Großartiges, sowohl im Präsenz- als auch im Distanzunterricht. Gleiches gilt für Schüler*innen und Eltern und Sorgeberechtigte, die seit Beginn der Pandemie sehr verantwortungsvoll mit uns zusammenarbeiten und die als Familien die Hauptlast in dieser Zeit tragen.

Mein Vertrauen in die hessische Landespolitik ist erschüttert. Insbesondere aufgrund Ihrer Aussagen dazu, dass Sie die jetzt vorgetragene Kritik an der weiteren Öffnung der Schulen vor Ostern als nicht nachvollziehbar, nicht akzeptabel und unredlich bezeichnen.

Seit Beginn der Pandemie sind wir als Schulen Spielball der Entscheidungen auf Landesebene und werden kurzfristig immer wieder vor neue Regelungen oder Änderungen gestellt.

Wir haben gelernt damit umzugehen, aber mit Blick auf die kommende Woche und unter der Rahmenbedingung, dass die dritte Welle bereits begonnen hat und die Osterferien sich aller Wahrscheinlichkeit nach als Treiber der Pandemie erweisen werden, wenn Tausende von Menschen verreisen werden, kann ich nicht nachvollziehen, dass wir als Schule gezwungen werden, sehenden Auges, trotz aller ergriffenen Hygienemaßnahmen, zum Raum für die Verbreitung der Pandemie zu werden.

Unredlich ist in diesem Zusammenhang, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung einen entscheidenden Aspekt verschweigen: Aufgrund der sich verschärfenden pandemischen Lage und steigender Inzidenz ist die weitere Öffnung vor Ostern, die bedeutet, dass mehr Schüler*innen parallel in die Schulen



kommen müssen und mehr Schüler*innen öffentliche Verkehrsmittel frequentieren, zu kritisieren und eben nicht verantwortlich.

Unredlich ist es auch, wenn Sie sich unter Hinweis auf die bereitgestellten 75 Mio. Euro ab September 2020 aus der Verantwortung ziehen wollen. Ja, diese Mittel hat die Landesregierung im September bewilligt. Als Schulträger habe ich die Information dazu, dass wir aus diesem Programm Mittel für Corona-Schutzmaßnahmen erhalten am 21.12.2020 durch das HKM erhalten. Die Zuweisung der Mittel erfolgte an die Landkreise und Sonderstatusstädte, die für die weitere Verteilung an Kitas, Schulen und Träger zuständig sind. Vom Landkreis Wetterau bekam ich sehr zeitnah weitere konkrete Informationen und eine Bewilligung wie vorgesehen. Von der Stadt Gießen, die für die Verteilung auch an mich als Privatschulträger zuständig ist, erhielt ich einen Bewilligungsbescheid am 15.03.2021. Und im Vorfeld musste ich mehrfach darauf hinweisen, dass hier Mittel zu bewilligen sind. Abzurechnen sind die Mittel übrigens bis Mitte April, aber immerhin dürfen Kosten die seit Oktober entstanden sind abgerechnet werden. Da ich für eine meiner beiden Grundschulen bereits im September Luftfiltergeräte angeschafft habe, kann ich diese Investition aufgrund der Bewilligung nicht abrechnen.

Unredlich ist es gegenüber Schulträgern, Eltern, Sorgeberechtigten und Schüler*innen, wenn Sie sich hinter der anstehenden Ministerpräsidentenkonferenz verstecken, anstatt Verantwortung im Kampf gegen das Infektionsgeschehen hier in unserem Bundesland zu übernehmen.

Ich kann nicht mehr akzeptieren und nachvollziehen, dass Anweisungen für den Schulbetrieb in einer Folgeweche am späten Freitagnachmittag an die Schulträger kommuniziert werden.

Ich kann nicht mehr akzeptieren und nachvollziehen, dass Entscheidungen mit einer Tragweite für tausende von Lehrer*innen und Schüler*innen, für Familien ohne ein Mindestmaß an Vorlauf getroffen werden.

Ich kann nicht mehr akzeptieren und nachvollziehen, dass unsere Landesregierung nicht in der Lage ist, ein Testprogramm für Schüler*innen zeitnah auf den Weg zu bringen.

Ich bin dankbar, dass einige Landkreise in Hessen bereits klare Entscheidungen getroffen haben und den vorgegebenen Kurs des HKM nicht durchführen. Und ich hoffe darauf, und bin überzeugt davon, dass der Landkreis Gießen genau so vernünftig ist und eine Entscheidungen im Sinne des Infektionsschutzes trifft.

Denn genau darum geht es und sollte es Ihnen als Entscheidungsträger gehen: Den Weg aus der Pandemie verantwortungsvoll zu gestalten und dabei im Sinne des Infektionsschutzes die Zahl von Erkrankungen und die der Todesopfer so gering wie möglich zu halten. Ich würde gerne wieder darauf vertrauen können, dass dies bei politischen Entscheidungen leitend ist und nicht der Wettkampf um die schnellsten Öffnungen oder darum, wer welche Lobby am schnellsten befriedigen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Patrik Mähling
(Geschäftsführer)